

# Reichswart

GRAF E. REVENTLOW

### Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich durch die Post 3,- RM. durch Kreuzband 3,60 RM. Ausg. B. monatlich 1,20 RM. Deutsches Reich monatlich 2 Schilling.

### Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar.

### Anzeigen-Preise:

Für die 10gespalt. Zeile 15 Goldmark, d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Platzverknappung entsprechend Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

### Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend

Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen. Fernsprecher: Dägow 8082. Postkassenkonto: Berlin 88714. Postverbindung: Volkswirtschaftsbank, Berlin W 57, Silesische 101.

Unverlangt Manuskript in Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 17

Berlin, den 24. Ostermonds (April) 1926

7. Jahrgang

Inhalt: „Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten.“ — Was nun? III. — Großstädte und Großgrundbesitz. — Nachmals die Ungültigkeit des neuen Buntgesetzes. — Die Zerlegung der Volkseele durch den Geist des Judentums. — Individualismus oder Universalismus. — Aus der Bewegung.

## „Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten“

wurde, wie in Nr. 13 des „Reichswart“ berichtet, von den Völkischen im Reichstag gefordert. Der Antrag hat weithin erhebliche und nachhaltige Beunruhigung zur Folge gehabt. In der genannten Nummer des „Reichswart“ wurde schon bemerkt: „Kommt es also im Laufe der folgenden Wochen doch zu einem Kompromiß, anstatt zu einem Volksentscheid, so wird die Angst des Judentums und seine daraus erwachsene Initiative an einer solchen Lösung entsetzt werden.“ — Seit dem sind vier Wochen vergangen und der Lauf der Dinge scheint jene Voraussage zu bestätigen. Noch vor vierzehn Tagen schrieb die Berliner Schriftleitung der „Niederdeutschen Zeitung“ zu dem völkischen Antrage: „In Berliner Finanzkreisen hat die Ankündigung des Ergänzungsantrages außerordentliche Erregung hervorgerufen, und man glaubt, daß nunmehr versucht werden wird, auf die Demokraten und auf die jüdischen Führer der Sozialdemokratie dahin einzuwirken, den eingeschlagenen gefährlichen Weg einer Durchbrechung des Privatrechtes am Besten zu verlassen. . . die bürgerlichen Parteien (auch die Deutschnationalen! E. R.) werden es ablehnen, dem völkischen Antrage irgendwelche Unterstützung angedeihen zu lassen.“ — Diese Beobachtung des Berliner Berichterstatters ist interessant genug und man kann nicht bezweifeln, daß sie auf Wahrheit beruht. Die Bedeutung liegt viel weniger in Beziehung zum Streit über die Angelegenheit der Fürsten, als darin, daß die bürgerlichen Parteien sich sämtlich mit dem jüdischen Kapitalismus unter fadenscheiniger Begründung solidarisch halten.

Die jüdischen Blätter und jugendgenössische Organe haben inzwischen überall neue bedrohliche Anzeichen bemerkt. Das Organ der „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ schrieb: „Nur einen kleinen Schritt weiter — und eine Bewegung ist entfacht — die die Enteignung und Entziehung der deutschen Juden im Wege von Volksbegehren und -entscheid zum Ziele hat.“ Ich bin ausnahmsweise in der Lage, dem Organ deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Einschränkung zustimmen zu können. Es bedarf tatsächlich nur eines kleinen Schrittes, um eine solche Volksbewegung zu entfachen. Latent ist die Volksbewegung bereits vorhanden. Gerade wir, die wir jede Ueberreizung und hoffnungsvolle Ueberchwänglichkeit für schädlich halten und uns durch solche nicht täuschen lassen, stellen mit aller Bestimmtheit fest, daß überall im deutschen Volk das gesunde Volksgefühl im Wachen ist, welches der Ausnutzung durch fremde und eigene Schmarotzer satt ist, und erkannt hat, wer sie sind und wo sie sind. Besonders befriedigend ist, daß diese Klärung des Urteils und der Gesinnung nicht allein aus einer Schärfung des Blicks erwächst, welche die allgemeine wirtschaftliche Notlage in Deutschland zur Ursache hat. In erster Linie steht vielmehr die Stärkung des völkischen Gefühls gegenüber dem in Generationen anaerogenen Keimpest vor einer „Humanität“, die im fremden Schmarotzer ein Wesen sieht, das man beständig dankerfüllt fragen müsse, ob es nicht noch mehr wolle. Dieses Gefühl weicht mehr und mehr. Die Augen beginnen aufzuwachen. Die Erkenntnis kommt, daß die erste, die maßgebende Pflicht dem eigenen Volk gilt, und zwar den Arbeitenden. Jene Klasse von Deutschen, die früher mit stiller Entrüstung und emüdetem Bedauern sich einreden ließ, es handle sich für die Vertretung solcher Ansichten nur um das „Häuflein hirnverbrannter Antisemiten, die des moralischen Sinnes entbehrten“, ist teils schon sehr nachdenklich geworden, teils haben diese Deutschen begriffen, daß sie lediglich diejenigen sein sollen, die betrogen werden. Im Widerspruch zu ihrer Pflicht als Deutsche und zugunsten des Schmarotkertums. Man fängt schließlich auch an, zu begreifen, daß es bei der Erkenntnis allein nicht bleiben darf, sondern daß die völkische Pflicht zum Handeln treibt und zwingt. Langsam hat sich diese Entwicklung der Geister und Gemüter angebahnt und stetig nimmt sie ihren Fortgang. Das erkennen die Juden am allerbesten.

Die in der Öffentlichkeit führende jüdische Schicht fühlt sich am wohlsten, wenn sie von tatsächlichen Ausschreitungen antisemitischer Art schreiben kann. So vor einigen Wochen, als ein jüdischer Architekt demoliert worden war. Natürlich wird darüber schwer gesammelt, aber in der Hauptache besteht tiefe Befriedigung über das Propagandamittel, um die deutsche Bevölkerung blind zu halten, sie glauben zu machen, an das Märchen von den hirnverbrannten Antisemiten, welche alle Juden tödlichen wollen“ usw. Zu diesem Kapitel muß freilich gesagt werden: es ist an und für sich tatsächlich nicht zu verwun-

bern, wenn schließlich einmal Erbitterung und Verzweiflung auch zu Ausschreitungen solcher Art führen, wie sie niemand verteidigen darf noch verteidigt. Wo rohe Elemente sich finden, besonders in Zeiten nach großen Kriegen, da ist es selbstverständlich, daß diese ihre Erbitterung und Verzweiflung auch auf rohe Weise zum Ausdruck bringen. Die völkische Freiheitsbewegung hat stets solche Dinge gemißbilligt, einerseits an und für sich, ferner weil sie lediglich dem jüdischen Interesse dienen. Wollte man sich aber auf den Standpunkt grundsätzlicher Billigung stellen, so würde die Geschichte widersprechen, denn die blutigen Verzweiflungskämpfe durch die Juden rasend gemachter Bevölkerungsteile, haben niemals zur Beseitigung von der jüdischen Pest geführt, im Gegenteil! So verwerfen wir aus beiden Gründen Ausschreitungen gegen Juden, ebenso wie Schimpfen, denn auch hier ist Sachlichkeit unbedingt erfolgreicher. Wollte man selbst eine Erhebung des ganzen Volkes solcher Art gegen die Juden annehmen, so würde die internationale Judenthät im Verein mit der Berräterfront des Inlandes einen dauernden Erfolg aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich machen.

Ganz anders liegt es mit dem Problem einer Enteignung jener „Bank- und Börsenfürsten“, wie sie der völkische Antrag kennzeichnet. Der Antrag erschöpft die Gesamtfrage sicherlich nicht, lange nicht. Der Schritt würde aber von ganz gemaltigen und heilsamen Folgen sein. Ausweisung aller seit 1914 eingewanderten Juden, Aberkennung des Rechtes für die Verbleibenden, öffentliche Ämter zu bekleiden usw. usw., das sind alles Gedanken, welche von völkischer Seite schon häufig, auch als Forderungen, öffentlich besprochen worden sind. Auch sie haben auf Seiten der Juden starke Aufmerksamkeit erregt, aber nicht jene Begeisterung, wie unser neulicher Antrag. Der Grund liegt nahe genug: die Vermögensenteignung der Bank- und Börsenfürsten kann auf verfassungsmäßigem Wege erreicht werden. Das ist die Furcht der Juden. „Nur einen kleinen Schritt weiter“, wie die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens sagen. Die Juden aus dem Lager der „Staatsbürger“, die Zionisten, die Nationaldeutschen-Juden, und

### Was nun?

III.

Das öffentliche Ereignis des Tages sind inzwischen die russisch-deutschen Verhandlungen über ein politisches Abkommen zwischen den beiden Ländern geworden; ein Neutralitätsabkommen, sagt man. Der Gedanke eines solchen Abkommens ist nichts Neues, auch im „Reichswart“ wiederholt erörtert worden. Die Vorgeschichte der jetzigen Verhandlungen dürfte mindestens ein Jahr zurückreichen, vielleicht noch länger. Bevor ich auf die Vorgeschichte eingehe, muß ein kurzer Rückblick auf den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo (1922) geworfen werden, denn gerade jetzt wird vielfach behauptet, der Vertrag von Rapallo sei der Vorläufer der jetzigen Verhandlungen und eines aus diesen erwachsenden politisch deutsch-russischen Abkommens.

Der Vertrag von Rapallo wurde seinerzeit, und zwar im Frühommer 1922, durch Wirth und Rathenau geschlossen. Die Begleitumstände waren bemerkenswert: wieder einmal tauchte eine internationale Konferenz, von der die deutschen Erfüllungspolitiker Heil und Segen, Frieden, Freundschaft und „Gleichberechtigung“ mit Bestimmtheit erwarteten. Rathenau war, nunmehr auch offiziell als Minister, der internationalistische Star Deutschlands. Er hielt auf der Konferenz zu Genua — der Höhepunkt seines Lebens — eine blumenreiche Rede, deren am meisten in Deutschland gerühmt, hebelteter Schluß mit dem dreimaligen Rufe: „Frieden!“ endete. Um es wirksamer und prächtiger zu machen, wurde dieses Wort auf italienisch gesagt, denn das hatte der italienische Dichter Petrarca auch drei Mal so gesagt. Rathenau war also nicht allein ein großer Staatsmann, sondern von dem Augenblick an, auch ein großer Kenner Petrarca. Die Konferenz von Genua schieterte bekanntlich schnell und völlig. Zugleich gingen sehr ernsthaft Gerüchte: Sowjetrußland sei im Begriff, mit Frankreich — dem Frankreich Poincarés — ein Abkommen zu schließen. In Genf geschietert, im Banne der Furcht nunmehr auch noch in eine russisch-französisch-polnische Zange zu geraten, schlossen Rathenau und Wirth Hals über Kopf den Vertrag von Rapallo. Es ist unnötig zu sagen, daß sofort, nachdem dieses Abkommen geschlossen war, die gesamte Erfüllungspolitiker und Judenpresse dasselbe pries als eine

alle anderen, die sich nicht in diese drei Kategorien eingliedern, wissen sehr genau, daß ein Volksbegehren mit der Parole Enteignung der Volksberaubter, der unlauter erworbenen Vermögen Millionen und aber Millionen Deutscher nicht nur bereit finden, sondern begeistern würde. Endlich würde man damit den Weg zu einer Gesundung von innen heraus beschritten haben.

Man hat nun gesehen, daß ein Volksbegehren entsprechend der Weimarer Verfassung tatsächlich unmöglich auf die Beine gebracht werden kann. Juden haben das „Verfassungswort“ gemacht, die ganze Judenthät ist stolz auf diese epochale Geistesleistung des Juden Preuß und seiner Helfer, und nun sollte es sich gegen das Volk seiner Schöpfer wenden! Das wäre entsetzlich. Das hatte man sich nicht gedacht. So schwand jetzt schnell bei den führenden Juden immer die Begeisterung für die durch Volksentscheid zu beschließende Enteignung der Fürsten, und es begann das Verhandeln über Kompromisse. Das dauert im Augenblick noch fort. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß im Bereiche der linksstehenden Presse Stimmungen und Vorschläge nicht immer einheitlich sind, denn es heißt in diesem Fall, die Geduld und die Torheit des Lesers nicht auf eine unmögliche Probe zu stellen, ihm nicht zu viel zuzumuten. So müssen die talmudischen Talente alles hergeben, was sie haben, in der Presse und im Ausschuss des Reichstages. Und sie entfalten sich in bewundernswerter Weise.

Jetzt, wo dieser Prozeß noch im vollen Gange ist, kann naturgemäß Absehendes nicht gesagt werden. Kommt es tatsächlich zum Volksentscheid, verlagen die Kompromisse, oder wird der Volksentscheid verhindert durch Kompromisse und Verfassungstaktiken, so muß in jedem Falle der Gedanke einer Enteignung der Bank- und Börsenfürsten usw. mit allen Mitteln, hauptsächlich mit aller Ausdauer, gefördert werden. Es liegt auf der Hand, daß dieses große Ziel schwerer zu erreichen sein wird, wenn der Volksentscheid gegen die Fürsten nicht kommt. Rame er, so würde daselbe Vorgehen gegen die Fürsten des Geldes eine folgerichtige Selbstverständlichkeit sein. Kommt er nicht, so muß es heißen: trotzdem!

Der Standpunkt der völkischen Freiheitsbewegung zur Fürstenenteignung ist bekannt. Meine persönliche, von vielen Völkischen geteilte Ansicht darüber ist im „Reichswart“ mit Offenheit dargelegt worden. Die Entrüstung, besonders im deutschnationalen Lager, erscheint reichlich phrasenhaft.

große freie staatsmännische Tat des größten Staatsmanns von Europa, des Dr. Rathenau. In Wirklichkeit war also der Rapallo-Vertrag ein Angstprodukt gewesen. Man hatte vorher nicht gewagt, mit Rußland eine solche Verbindung einzugehen, und als die Sowjetregierung dann Miene machte, mit Frankreich abzuschließen, als Rathenau und Wirth fürchteten, man werde „hinten herunterfallen“, da kam der Vertrag zustande. Der Inhalt dieses Vertrages war im großen und ganzen eine gegenseitige Liquidierung des Krieges und offizielle Wiederaufnahme der Beziehungen bis zu einem gewissen Grade. Die Hauptbedeutung des Vertrages lag darin, daß Deutschland die russische Sowjetrepublik hiermit amtlich anerkannte. Im völkischen Lager war man im Urteil über das Rapallo-Abkommen nicht einig. Die Urteile gingen wohl noch erheblich weiter auseinander, als es heute der Fall ist. Ich habe damals meine Ansicht dahin formuliert, daß man den Vertrag an und für sich, d. h. die Aufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland und damit die Anerkennung der Sowjetrepublik aufheben müsse, daß dagegen die Vaterkraft eines internationalistischen Juden, in leitender Stellung, Rathenau eine sehr bedenkliche Sache sei. Hinzu kam das Bedenken, daß der Vertrag inhaltlich zweifellos vorteilhafter für Deutschland ausgefallen sein würde, wenn er nicht aus Angst und in Ueberbürdung zustande gekommen wäre. Immerhin betone ich auch heute ausdrücklich, daß ich für einen Vertrag, oder für ein Abkommen usw. mit Sowjetrußland schon vorher gewesen bin, daß ich auch eine militärische deutsch-russische Kooperation zu bewirken versucht habe, als die rote Armee auf Warschau marschierte, und daß ich diese Ansicht und die gesamte Linie auch heute für richtig halte. Wenn aber die Herren Dr. Wirth usw. jetzt wieder erklären, sie seien immer für eine aktive Politik gewesen, so liegt darin eine kleine Fälschung enthalten, die gerade in diesem Augenblick mit aller Deutlichkeit bezeichnet werden muß.

Während der vergangenen Monate ist in der Erörterung der bolschewistischen Fragen, der Fragen, welche der Bolschewismus für Deutschland hervorruft, auch der stille hakerfüllte Krieg zwischen Sowjetrußland und Großbritannien erörtert worden. Jede der beiden Mächte ist bestrebt, die andere zum Zusammenbruch zu bringen, ihre Feinde zu vermehren, ihre Freunde zu vermindern. Politisch drückt man sich genau aus, geographisch nicht allzu